

Dieselöl Benzin

HEIZOELHAURI

Th. Hauri Brennstoffe AG
Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich
Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
Hintergrundbericht
Delegiertenversammlung
vom 27. März
Seite 2

Kanton Zürich
Ganz im Zeichen
von Energie
und Verkehr
Seite 3

Aktuell
Kleinbank unterstützt
Gewerbe – gewinnbringend
und ohne Abzocke
Seite 4–5

Städte Zürich und Winterthur
Volksschule
auf dem Schafott
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Frohe
Ostern
Seite 8

DER ZÜRCHER BOTE GEHT ONLINE

Beachtungsgrad, Multiplikation, Qualität

Während Berufstätige mit 63 Jahren Pläne zum nahenden Ruhestand schmieden, trimmt sich der gleichaltrige Zürcher Bote für die Zukunft. Er verankert und vernetzt sich mit der Lancierung seiner Online-Fassung konsequent im digitalen Raum. Selbstverständlich findet die bewährte, gedruckte Wochenzeitung weiterhin zuverlässig jeden Freitag den Weg in die Briefkästen unserer geschätzten Stamm-Leserinnen und -Leser.

nah auf das politische Tagesgeschäft national, kantonale und kommunale eingehen. Das erweiterte publizistische Repertoire reicht vom Life Ticker (zum Beispiel bei der Albigüetli-Tagung oder bei Delegiertenversammlungen) über Podcasts und Videos bis zu Bewegtbild-Geschichten.

Installationstipps für den Online-Bote finden Sie auf Seite 7.

Ebenso eignet er sich als Podium für Leserzuschriften und Gastbeiträge; eine Online-Plattform ist nicht an eine limitierte Seitenzahl gebunden. Die Printfassung besitzt gleichfalls etliche Trümpfe. Unsere gedruckte Wochenzeitung ist ein bewährter Multiplikator: Sei es über Zweit-, Dritt- und Viertleser oder weil der Bote sich an politischen Anlässen von der Standaktion bis zum öffentlichen Vortrag auflegen bzw. ans Publikum verteilen lässt. Das haptische Erlebnis und das inspirierende Durchblättern eines Druckerzeugnisses sind gleichfalls zu nennen.

eine möglichst leichte Erreichbarkeit als Voraussetzung für die Reichweite und Wirkung unserer Botschaften.

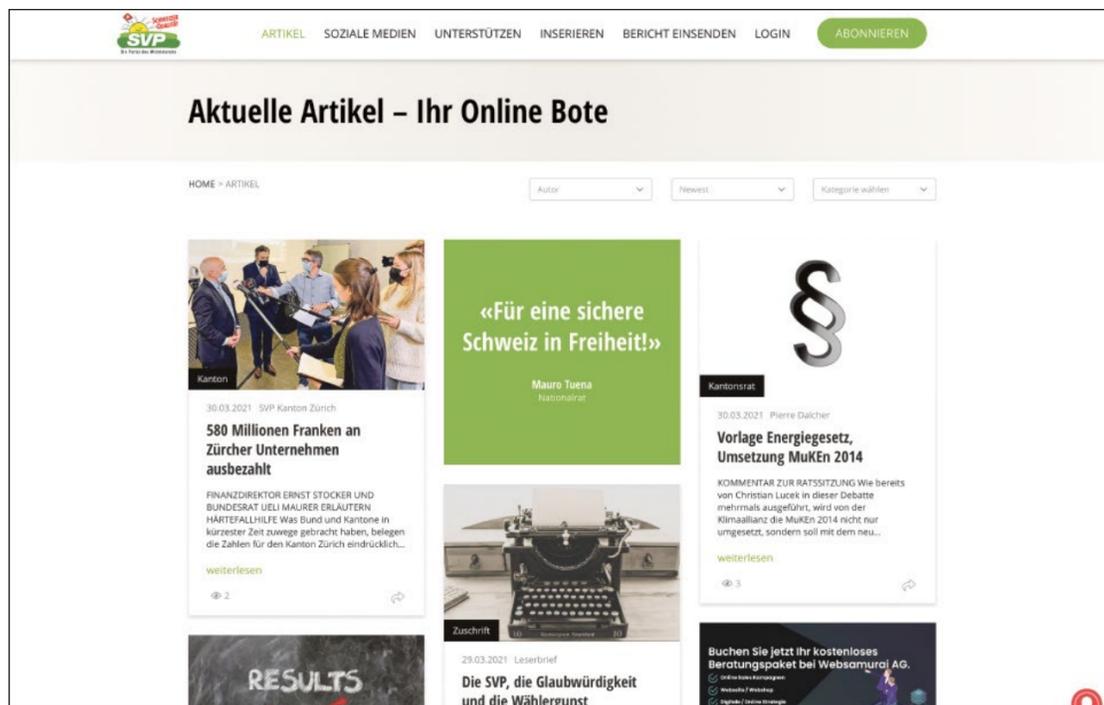
Danke für Ihre Unterstützung

Die publizistische Qualität des Zürcher Boten ist ein Gütesiegel – gedruckt und online. Er hat sich in der Schweizer Medienlandschaft und darüber hinaus als parteipolitische Plattform einen Namen gemacht. Auflagenstarke Publikumszeitungen nutzen ihn regelmässig ihrerseits als Quelle und zitieren aus ihm. Die technologische Innovation und die redaktionelle Flughöhe erfordern dabei Ressourcen. Aus diesem Grund danke ich allen, die den Zürcher Bote über ihr Abonnement hinaus mit einer Spende unterstützen. Hierfür enthält diese Ausgabe eine Beilage mit Einzahlungsschein. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag, damit wir unsere bürgerlichen Standpunkte attraktiv aufbereiten einem breiten Publikum vermitteln können. Diese Form der Überzeugungsarbeit ist gerade in der heutigen Zeit unverzichtbar und lohnt sich mit Sicherheit!

Zudem – das belegen neurologische Studien diverser Universitäten unisono – bleibt uns auf Papier Gelesenes von der Zeitung über einen Roman bis zum Fachbuch besser im Gedächtnis haften als bei der Lektüre am Bildschirm. Für die Verbreitung unserer politischen Anliegen als zentrale Aufgabe des Zürcher Boten ist diese Erkenntnis sehr wertvoll.

Wir wollen Ihnen, unseren Leserinnen und Lesern, somit Wahlmöglichkeiten auf mehreren Ebenen bieten. Einerseits über einen möglichst reichhaltigen Themenmix für eine «Lektüre à la carte». Andererseits über den Kanal, welchen Sie als unsere Abonnenten individuell vorziehen. Der Online-Bote auf dem PC, auf einem Tablet oder dank Webapp übers Handy; die gedruckte Fassung auf dem Sofa im Wohnzimmer oder unterwegs in einem internetfreien Raum. Entscheidend ist

Nun wünsche ich Ihnen eine abwechslungsreiche Lektüre – gedruckt und online.



Ob online oder gedruckt: Der Zürcher Bote will Leserinnen und Lesern Wahlmöglichkeiten auf mehreren Ebenen bieten.

Ein Blick in die Schweizer Medienlandschaft zeigt, dass wir mit unserem dualen Ansatz – d.h. einer ebenbürtigen Print- und Online-Publikation, in guter Gesellschaft sind. Was für klassische Verlagshäuser (die kommerzielle Publizistik) mit Flaggship-Blättern wie NZZ, Tagi oder Blick gilt, setzt sich in der Unternehmens- und Organisations-

publizistik nahtlos fort: Das Migros-Magazin, die Coop-Zeitung, das Touring-Magazin von TCS Schweiz oder «via», der Newsletter des öffentlichen Verkehrs, pflegen ebenso wie eine Gewerbezeitung Nähe und Austausch zu ihren Schlüsseldialoggruppen, indem sie auf beiden Kanälen, als klassischer Print und über das World Wide Web präsent

sind. Nutzerinnen und Nutzer können somit selbst entscheiden, welchen Kanal sie situativ vorziehen.

Viele Vorteile

Mit einer parallel geführten Print- und Online-Schiene sind viele Vorteile verbunden. Der Online-Bote kann maximale Aktualität bieten und somit zeit-



Benjamin Fischer
Kantonsrat und Präsident der SVP des Kantons Zürich
Volketswil

Sie haben das Problem - wir haben die Lösung!

BRING PLASTIC BACK
sammelsack.ch

Plastik-Recycling, dem Sie vertrauen können!
Grösstes Sammelsystem der Schweiz.
Wertschöpfung durch Recycling in der Schweiz.
Wir schaffen neue Arbeitsplätze!

INNO recycling INNO plastics

Damit Sie wieder hören, was in Bundesbern läuft!

Dietikon HörCenter

Bahnhofstrasse 12, 8953 Dietikon
Telefon 043 322 55 66
Öffnungszeiten: Mo - Fr: 09.15 - 12 / 13 - 17.30

Jetzt anmelden für **Gratis-Hörtest**

Neuste Hörgeräte

Persönliche und individuelle Beratung durch Akustiker mit eid. Fachausweis

Veneta Cucine

Lust auf eine neue Küche?

Funktionales italienisches Design – 100% made in Italy
Exklusiv vertreten durch:
Alu Limmat AG
www.alulimmat.ch
Tel: +41 55 505 38 76
widmer@alulimmat.ch

Josef Kressibucher AG

Forstbaumschule
Ast 2
8572 Berg TG
Tel. 071 636 11 90
www.kressibucher.ch

Forstpflanzen einheimische Pflanzen
- für Ergänzungspflanzungen
- für Aufforstungen
- mit diversen Herkünften

Wildgehölze einheimische Pflanzen
- für naturnahe Hecken
- für Vogelschutz und Bienenweiden

Wildverbisschutz
- dazu passende Pfähle aus CH-Holz
- oder auch Akazienpfähle

Heckenpflanzen
- für geschnittene Hecken



Christoph Mörgeli

Die Verliererin heisst – Frankreich

«Der Nationalismus wird zur unkontrollierbaren Bestie», lamentierte in der «NZZ am Sonntag» ein linker australischer Politiker. Für diesen Ex-Diplomaten stellt der Internationalismus das Mass aller Dinge dar. Zurecht? Der Wettstreit unter den Ländern fördert doch den Wettbewerb. Nehmen wir das Beispiel des Impfens. Da können wir heute folgende Bilanz ziehen: Die grossen Atom-mächte haben allesamt ihren eigenen Covid-Impfstoff entwickelt. Die USA verimpfen die von Donald Trump mit Milliarden geförderten Dosen von Moderna. Und ebenso den vom damaligen Präsidenten früh zugelassenen Impfstoff von Pfizer/Biontech. Grossbritannien kam dank Forschern der Universität Oxford zu AstraZeneca. Das bezüglich wissenschaftlicher Innovation oft unterschätzte Russland entwickelte Sputnik, China ein Vakzin des Staatskonzerns Sinopharm. Indien beliefert mit Dosen seiner Firma Bharat Biotech gratis die Malediven, Bangladesch, Nepal und Myanmar. Das kleine Gebirgsland Bhutan, wo unser Hilfswerk Helvetas seit fünfzig Jahren Entwicklungshilfe leistet, wird dank Indien demnächst durchgeimpft sein – viele Monate vor der Schweiz. Die meisten Atommächte mit eigenem Impfstoff sind zugleich Mitglieder des Uno-Sicherheitsrates. Es gibt eine grosse, aber auffallende Ausnahme: Das stolze Frankreich verfügt über kein eigenentwickeltes Präventionsmittel. Genau wie sein einziger Flugzeugträger, die «Charles de Gaulle», einfach nicht funktionieren will und meistens im Trockendock repariert wird. Der fehlende Impfstoff und die stotternde Impfkampagne sind schwere Hiebe auf die empfindliche französische Seele. Schon wackelt der Thron von Staatspräsident Emanuel Macron. Vielleicht wird sein Impfdebakel bei den Wahlen 2022 zum persönlichen Waterloo – und zum Raketenantrieb für Marine Le Pen. Die siegreichen Impfstoffe sind Kinder von Nationalisten. Vor allem von «America-first»-Trump und Brexit-Johnson. Beide hatten schon Corona. Typisch für Donald und Boris. Sie wollen immer alles haben.

FINANZDIREKTOR ERNST STOCKER UND BUNDESRAT UELI MAURER ERLÄUTERN HÄRTEFALLHILFE

580 Millionen Franken an Zürcher Unternehmen ausbezahlt

Was Bund und Kantone in kürzester Zeit zuwege gebracht haben, belegen die Zahlen für den Kanton Zürich eindrücklich. 4580 Gesuche wurden gutgeheissen.

svp. An die entsprechenden Unternehmen flossen innerhalb von sechs Wochen 580 Millionen Franken. Das Volumen der Gesuche zeigt auch, dass nun ein Übergang vom «Massengeschäft» mit 137'000 Gesuchen vor Jahresfrist nun zum «Einzelgeschäft» erfolgt ist, bei dem jeder Fall zeitnah angeschaut wird. Insgesamt gingen seit Beginn des Härtefallprogramms 6275 Gesuche für einen Gesamtbetrag von 1438 Millionen Franken ein. Die kantonale Behörde prüft genau, ob ein Anspruch wirklich besteht. SVP-Regierungsrat und Finanzdirektor Ernst Stocker meint: «Mit unseren Kontrollen verhindern wir allfällige Übervergütungen.» Die Nutzniesser sind nebst Restaurants, Hotels und Eventbetreibern auch Flughafenbetriebe – angesichts der eingebrochenen Frequenzen in Kloten kein Wunder.

Planung für Schuldenabbau gefragt

Summa summarum schätzt der Finanzdirektor die pandemiebedingten Gesamtkosten für den Kanton auf rund 800 Millionen Franken.

Vorausgesetzt, die Wirtschaft wird möglichst bald wieder voll hochgefahren. Bundesrat Ueli Maurer sieht insgesamt bei Bund und Kantonen einen kumulierten Aufwand von 70 bis 80 Milliarden Franken.

Nun gelte es, sich zu überlegen, wie die Covid-Schulden über den Zeitraum der kommenden 15 bis 20 Jahre abgebaut werden können.

Dies ist eine wichtige Voraussetzung, damit auch die nächste Generation auf intakte Finanzen der öffentlichen Hand bauen kann.



Wenn ein Bundesrat und dabei der Finanzminister höchstselbst im Walcheturm zur kantonalen Medienkonferenz erscheint, ist er ein begehrter Interviewpartner. Bild svp

SPANNENDE DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Mit Voten für das Gewerbe, die Landwirtschaft und die Demokratie

Ständerat und Parteipräsident Marco Chiesa eröffnete die eidgenössische Delegiertenversammlung, welche in Neuenburg ausgestrahlt wurde. Peter Keller, Generalsekretär, erklärte das Online-Abstimmungsverhalten. Viele Delegierte wählten sich elektronisch in die Versammlung ein.



Nina Fehr Düsel
Kantonsrätin SVP
Küsnacht

Ein wichtiges Thema war unter anderem, dass das Rahmenabkommen weiterhin bekämpft werden muss, damit dieses sicherlich beerdigt wird. Natürlich nahm auch Corona in der Begrüssungsansprache einen prominenten Platz ein. Die Lockdowns zerstören unsere Wirtschaft, schaden aber zugleich der psychischen Gesundheit der Bevölkerung. Die Medien verbreiten Panik, anstatt sachlich zu informieren. Die SVP forderte bereits vor einem Jahr, dass besonders die vulnerablen Personen geschützt werden müssen und man die grundlegenden Hygienemassnahmen einhalten soll. Leider herrscht seitens Bund bei der Strategie Verwirrung, wo man hinschaut. Vielen Menschen fehlen die Perspektiven.

Walter Willener, Kantonalpräsident der SVP des Kantons Neuenburg sprach in seinem Grusswort über Freiheit und unsere Werte und den Erfolg mit dem JA zum Verhüllungsverbot. Letzteres war auch der Verdienst von Nationalrat Walter Wobmann. Wir können nach wie vor gewinnen!

CO₂-Gesetz klar abgelehnt

Schliesslich folgte ein kurzes Podium zum Referendum gegen das CO₂-Gesetz. Für das Referendum sprach Christian Imark, Nationalrat der SVP. Dagegen sprach GLP-Nationalrätin Melanie Mettler. Christian Imark erwähnte, dass die

Schweiz im internationalen Vergleich gut dasteht. In Deutschland gebe es z.B. zahlreiche Kohlekraftwerke. Neue Technologien und Innovation würden in der Schweiz bereits heute gefördert. Die Kosten gerade für Familien würden durch das neue CO₂-Gesetz erhöht. Das CO₂-Gesetz führt zu mehr Bürokratie, mehr Verboten, Vorschriften, Steuern und Abgaben. Melanie Mettler sprach über die Chancen des Gesetzes. Die Klimaveränderung sei spürbar. Auch unsere Nachkommen sollen eine gesunde Welt haben. Mettler meinte, dass dadurch neue Arbeitsplätze in der Schweiz geschaffen würden, Schweizer Unternehmen wettbewerbsfähiger würden und wir weniger abhängig vom Ausland seien. Die Abstimmung am Schluss zeigte folgendes Resultat: 6 waren für das CO₂-Gesetz und 120 dagegen, 3 Enthaltungen, 93 Prozent waren also dagegen (bzw. für das Referendum).

Bundesrat Ueli Maurer hielt abschliessend eine sehr gute Standortbestimmung über Corona und die finanziellen Auswirkungen. Pro Woche kostet der Lockdown ca. 750 Mio. Franken. Der Arbeitslosenfonds verschuldet sich und gleichzeitig steigen die Ausgaben. Die Altersvorsorge bereitet ebenfalls Sorge. Die Revision der AHV wird dringlicher als gedacht. Die kommende junge Generation wird die Schulden bezahlen müssen, dafür braucht es 15 bis 20 Jahre. BR Maurer meinte ausserdem, hoffentlich dürfe man immer seine Meinung kundtun. Es braucht unbedingt kritische Bürger. Die Meinungsfreiheit sei eine grosse Stärke der Schweiz, dies gelte auch bei Corona. Das Volk hat das letzte Wort. Dies müsse wieder gelten.

Stimmfreigabe bei Covid-19-Gesetz

Gleich darauf folgte das Referendum gegen das Covid-19-Gesetz. Es referierten der Nationalrat Lars Guggisberg betreffend Stimmfreigabe sowie Michael Bubendorf der Freunde der Verfassung. Lars Guggisberg erwähnte, dass dem Bundesrat bei Ablehnung gewisse Kompetenzen entzogen würden. Das Epidemiegesetz gelte jedoch nach wie vor. Bei einer Annahme hätte das Covid-Gesetz weiterhin Gültigkeit. Beim Covid-19-Gesetz hielten sich die positiven und negativen Aspekte in etwa die Waage, was selten vorkomme.

Für ein NEIN spreche die Skepsis gegenüber den Massnahmen des Bundesrates, welche oft nicht verhältnismässig sind. Für ein JA spreche, dass die Härtefallgelder und Unterstützungsleistungen für viele Branchen sehr wichtig sind. Lars Guggisberg beantragte im Namen der Parteileitung Stimmfreigabe.

Michael Bubendorf erwähnte, dass Entschädigungen wichtig sind. Aber leider seien viele Hilfen unwirksam und viel zu klein. Mit der Ablehnung des Gesetzes sei der Weg frei, den wirklich Betroffenen zu helfen. Er sei für freies Unternehmertum und nicht für noch mehr Staatlichkeit. Die Freiheit sei hochzuhalten und Sozialismus zu bekämpfen. Viele Massnahmen seien untauglich.

Daher empfehle er die NEIN-Parole zum CO₂-Gesetz. Vor der Abstimmung gab es noch einige gute telefonische Wortmeldungen von Nationalräten. Die Stimmfreigabe wurde gutgeheissen mit 80 Stimmen und 49,1% (39,3% Nein, 11,7% Enthaltungen).

Chancenlose Agrarinitiativen

Die Volksinitiative für sauberes Trinkwasser und eine Schweiz ohne Pestizide stand schliesslich zur Diskussion. Bundespräsident Guy Parmelin und Nationalrat Jacques Nicolet sprachen dagegen.

Lucie Rochat, Präsidentin SVP-Frauen Romandie, führte das Interview und stellte kritische Fragen. Das Referendum gegen die beiden linken Agrarinitiativen würde unseren Bauern und unserer Wirtschaft schaden. Der Import von billigeren Produkten aus dem Ausland würde stark begünstigt. Das wäre definitiv kein Sieg für die Umwelt.

In der Schweiz haben wir bereits hohe Standards. Die Initiativen seien zu extrem. Die Abstimmung zur Trinkwasserinitiative ergab folgendes Resultat: Dagegen waren 96,7%, dafür 2,6% bei 0,7% Enthaltungen. Die Pestizidinitiative ergab: 98,7% Nein, 0,7% Ja und eine Enthaltung.

JA zur Terrorismusbekämpfung

Das Referendum gegen das Bundesgesetz über die polizeilichen Massnahmen und zur Bekämpfung des Terrorismus war das letzte Traktandum. Ronja Jansen, Präsidentin Juso Schweiz zeigte Bedenken, da es ihr zu weit ging; Nationalrat Mauro Tuena sprach klar dafür und erwähnte vergangene Attentate.

Die Linke hat sich leider schon immer quer gestellt, wenn es um die Bekämpfung von Kriminalität ging. Islamistischer Terrorismus ist klar zu bekämpfen. Dafür hilft dieses Gesetz, da es der Polizei auch mehr Instrumente gibt. Das Abstimmungsergebnis war: 123 Ja, 15 Nein und 4 Enthaltungen.

Nach den Varia war die gut organisierte virtuelle Versammlung nach gut drei Stunden zu Ende.



Einigkeit nicht nur unter Westschweizern zu den Agrarinitiativen: Bundesrat Guy Parmelin und Lucie Rochat, Präsidentin SVP-Frauen Romandie, begründen die ablehnende Haltung. Bilder Mauro Tuena



Nationalrat Christian Imark (SO) hat treffsichere rhetorische Pfeile gegen das CO₂-Gesetz im Köcher.

AUS DEM KANTONS RAT

Ein Tag mit vielen Debatten zum Thema Energie

Der letzte Montag war ein langer Kantonsrats-Sitzungstag, ganz im Zeichen von Verkehr und Energie.



Nina Fehr Düsel
Kantonsrätin SVP
Küssnacht

Die Umsetzung des Kantonsratsbeschlusses zum Ersatzdamm im Ellikerfeld, welcher Paul Mayer (SVP) mitunterzeichnete, sorgte im Kantonsrat für viele Diskussionen.

Das Projekt sei nicht mehr weiterverfolgt worden, obwohl der Kantonsrat diesem einstimmig zugestimmt hatte und alle Interessen berücksichtigt wurden. Auf den Ersatzdamm dürfe nicht verzichtet werden.

Schliesslich war der Ausbau der Wasserkraftnutzung und die touristische Nutzung des Rheinfalls Thema. Diese dringliche Interpellation wurde ebenfalls von Paul Mayer (SVP) mitunterzeichnet. Der Rheinfall sei eine der wichtigsten Sehenswürdigkeiten.

Danach folgte die Debatte zum Energiegesetz, die sogenannte MuKEN-Vorlage (Teilrevision des Energiegesetzes und Anpassung des Planungs- und Baugesetzes). Christian Lucek (SVP) stellte dem Kommissionsantrag einen Vorschlag der SVP/EDU gegenüber: Die Passage zum Ersatz von Wärmezeugern in bestehenden Bauten sei zu streichen. Die finanzielle Belastung betreffe die breite Bevölkerung. Leider wurde die Streichung abgelehnt. Zur nächsten Passage stellte Hans-Peter Amrein den Antrag, dass die Energiezertifikate zu streichen seien. Auch dies fand leider keine Zustimmung.

Schliesslich folgte ein Antrag der Kommission Planung und Bau (KPB) über den Objektkredit für die Radweglückenschliessung und den Ausbau von Bushaltestellen in den Gemeinden Zollikon und Maur. Domenik Ledergerber (SVP) meinte, dass die Parkplätze beim Sennhof dem Radweg zum Opfer fielen. Dies wolle niemand bezahlen und ein Konflikt bestehe nach wie vor. Der

Antrag der KPB sei zu unterstützen. Dieser wurde sehr knapp abgelehnt. Leider äusserte sich die GLP nicht dazu. Der Minderheitsantrag von Jonas Erni (SP) wurde angenommen.

Schliesslich folgte eine längere Debatte zur Teilrevision des kantonalen Richtplanes zum Thema Versorgung, Entsorgung. Christian Lucek erwähnte, dass niemand Gruben vor der Haustüre möchte, aber dass immer mehr Abfall anfallt bzw. es Bedarf für Kies gebe. Jörg Kündig (FDP) erwähnte, dass Verfahrensfehler passiert seien und er sich immer gegen Deponien wehren werde. Vorliegend standen die Deponien Gossau/Egg, Eglisau und Rümlang zur Debatte. Alex Gantner (FDP) vertrat als Kommissionspräsident der KEVU die verschiedenen Anträge. Die SVP vertrat oft Minderheitenanträge, zum Teil auch mit Erfolg. Matthias Hauser (SVP) erwähnte, dass Rahmenbedingungen für einen Gestaltungsplan geschaffen werden müssen. Dieses Traktandum verlief erfolgreich.



Die laufende Teilrevision des Schaffhauser Wasserwirtschaftsgesetzes und die Absicht, die Wasserkraft am Rheinfall intensiver zu nutzen, werfen für den Kanton Zürich dringliche Fragen auf.

Bild pixabay

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Grünes Energiegesetz mit gütiger Unterstützung der FDP durchgemurkst



Christian Lucek
Kantonsrat SVP
Dänikon

Eigentlich sind Redaktionslesungen im Kantonsrat nur noch Formsache, es werden ein paar Kommas geradegebogen oder offensichtliche Fehler ausgemerzt. Nicht so beim Energiegesetz. Der umstrittene §11 Absatz 2, der eigentliche Zürich-Finish in diesem Gesetz, welcher zum Zwang beim Heizungsersatz führt und sich teuer für Hauseigentümer und Mieter auswirken wird, war erneut Gegenstand ausufernder Diskussionen.

Weil die Klimaallianz eingesehen hat, dass die durch diesen Passus steigenden Mietkosten und Härtefälle bei Hauseigentümern, bei einer Referendumsabstimmung das Gesetz zu Fall bringen könnten, wurde eine erneute Antragslawine eingebracht.

Auch wenn sich mit diesen Anträgen gewisse Härtefälle vermeiden lassen, verkomplizieren sie das Gesetz zusätzlich und schaffen Raum für Rechtsunsicherheiten. Die Antragsoffensive muss als Verzweiflungsakt gewertet werden, um ein Referendum abzuwenden. Dabei wäre es ganz einfach: Man müsste nur auf den umstrittenen Paragraphen verzichten. Auch dann hätten wir ein strenges Energiegesetz, welches den Mustervorschriften der Kantone (MuKEN) entspricht.

Die SVP hat wiederholt Hand dazu geboten, über den eigenen Schatten zu springen und das Gesetz ohne den Zürich-Finish zu akzeptieren. Dazu haben wir konsequenterweise erneut einen entsprechenden Streichungsantrag eingereicht. Prompt wurde der SVP von der «guten» Ratsseite vorgeworfen, sich gegen jegliche Verbesserungen bei der Umweltbilanz von Gebäuden zu stellen.

Das ist natürlich Unsinn, denn diese Verantwortung wird längst wahrgenommen. Gesamtschweizerisch werden jährlich rund 10,5 Milliarden Franken in den Gebäudeunterhalt, insbesondere energetische Sanierungen investiert. Im Vergleich zu 1990 konnte der Verbrauch von fossilen Brennstoffen im Gebäudebereich um 30% gesenkt werden, dies bei einer Zunahme des Gebäudebestandes um 33% in



Die SVP hat erneut versucht, den umstrittenen §11 Absatz 2 zu streichen. Dieser führt zum Zwang beim Heizungsersatz und wirkt sich teuer für Hauseigentümer und Mieter aus.

Bild pixabay

derselben Zeitspanne. Die Schweiz und der Kanton Zürich sind in Sachen Klimaschutz längst auf Kurs. Vor allem erfolgen diese Investitionen freiwillig, was wir bekämpfen ist der staatliche Zwang im grünen Zürcher Spezialgesetz.

Die Streichung des Paragraphen des Anstosses wäre also ein Ja zu einem modernen Energiegesetz gewesen. Im Unterschied zur ersten Lesung wurden damit nun aber auch von der FDP im Regen stehen gelassen, unser ehemals bürgerlicher Partner gefällt sich in der Rolle als Steigbügelhalter der Klimaallianz offenbar besser als bei der Verteidigung des Privateigentums. Damit wird das vom Hauseigentümerversand angekündigte Referendum unumgänglich. Angesichts der aktuellen Situation ist anzunehmen, dass derzeit den Bürgern unmittelbar existenzielle Probleme wohl näher sind als Klimamassnahmen, welche zu höheren Mieten und Wohnkosten führen. Das Referendum bringt daher die Chance, die grün motivierte Mehrheit des Kantonsrates in die Schranken zu weisen.

WORTE DES 2. VIZEPRÄSIDENTEN DER SVP KANTON ZÜRICH

Die neue Macht der Besserwisser

Die Schweiz ist innert weniger Jahre eine andere geworden: Eine neue Generation von praxisfernen Klugschwätzern bestimmt den Kurs unseres Landes. Das müssen wir ändern.

Am 18. Oktober 2015 fanden eidgenössische Wahlen statt. Die SVP erreichte landesweit den höchsten Stimmenanteil ihrer hundertjährigen Geschichte, nämlich 29,4 Prozent. Zum Vergleich: Die SP als zweitstärkste Partei kam auf 18,8 Prozent, die Grünen auf 7,1 Prozent, und die Grünliberalen mussten sich mit 4,6 Prozent begnügen. Kurz zuvor hatte die GLP bei ihrer Volksinitiative für eine ökologische Steuerreform mit nur gerade 8 Prozent Zustimmung Schiffbruch erlitten.

Doch in den Jahren seit 2015 hat die politische Wetterlage im Grossen und im Kleinen dramatisch umgeschlagen. Das Parlament ist so links wie noch nie seit Gründung unseres Bundesstaates. Die immer selteneren bürgerlichen Mehrheiten müssen hart erkämpft werden. Aber auch in der Bevölkerung ist der Linksrutsch offenkundig: Grüne, ökologische und sozialistische Anliegen werden zunehmend salonfähig. Die Städter und Urbanen marschieren in Scharen zu den Urnen, die Bewohner der ländlichen Gebiete bleiben viel öfter zuhause. Das war früher umge-

kehrt, darum konnte 1992 die EWR-Vorlage gebodigt werden. Ich behaupte: Die politische Schweiz hat sich innert sechs Jahren mehr verändert als in den 150 Jahren zuvor.

Angriff auf Freiheit und Marktwirtschaft

Wie konnte es soweit kommen? Schliesslich gilt eigentlich immer noch die persönliche Freiheit der Bürger, die Marktwirtschaft, die Handels- und Gewerbefreiheit, die Eigentumsgarantie und die Meinungsfreiheit. Doch Facebook und andere soziale Medien sperren Beiträge, welche die Klimahysterie infrage stellen. Bei der Zeitung «20 Minuten» gibt es einen «Diversity Desk», der kritische Artikel über Migranten zensiert. Und es herrscht neuerdings eine Politikergeneration, die direkt von der Schulbank kommt. Leistungsorientierung ist für sie ein Fremdwort – und wird es auch immer bleiben. Heute bestimmen in der Politik äusserst selbstgefällige Personen des rot-grünen Lagers, die ihre Ausbildung abgebrochen haben. Als Besser-

wisser ohne berufliche Praxis, ohne je in der privaten Wirtschaft gearbeitet zu haben. Diese blutleeren Ideologen wissen vor allem eines: Wie sie uns, die wir anders denken, anders leben und anders arbeiten, umerziehen können. Wenn es freiwillig nicht funktioniert, dann halt mit Verboten, mit bürokratischen Vorschriften, neuen Gesetzen, mit Bevormundung und Verteuerung unseres Lebens.

Weltfremde Theoretiker bestimmen unser Leben

Die Buezer unseres Werkplatzes, die Chrapfer für unseren Wohlstand werden mit Steuern, Abgaben und Gebühren geplagt, um das Luxusleben der Luxussozialisten zu finanzieren. Die Bevormunder und Klugschwätzer wissen genau, wie wir unser Leben führen müssen, wie wir wohnen und heizen, wie wir leben und wie wir reisen sollen. Wir haben in der letzten Session erlebt, wie eine grünliberale Nationalrätin und Inhaberin eines «Beratungsbüros» unseren Bauern erklärte, sie hätten ihren Mastviehbestand

massiv zu reduzieren, da wir weniger Fleisch essen sollten. Und das alles soll der Staat regeln, lenken, vorschreiben und kommandieren. Derselbe Staat übrigens, der in der Covid-Krise ausserstande war, genügend Masken und Schutzanzüge zu horten, genügend Intensivpflegeplätze bereitzuhalten und genügend Impfdosen einzukaufen. Ist Corona irgendwann hoffentlich vorbei, werden dieselben Umerzieher und Klugschwätzer wieder zu ihrem Lieblingsthema «Klimawandel» zurückkehren und die Bürger von A bis Z in diesem Bereich bevormunden.

Das CO₂-Gesetz, über das wir am 13. Juni abstimmen, ist ein Erzeugnis dieser Besserwisser: Der Staat soll zugunsten der rot-grünen Profiteure umverteilen – für einen nutzlosen Leerlauf, der dem Klima null und nichts bringt. Die Wirtschaft, der Werkplatz, die KMU und die Gewerbetätigen werden massiv geschädigt. Die Randregionen, vor allem aber die sozial Schwächeren werden Opfer dieser Luxussozialisten, indem sie massiv mehr für Heizöl, für Benzin und für die hart erarbeitete Flugreise ans Meer bezahlen müssen. Auch die Wirtschaft wird von diesem Ökosozialismus immer mehr belastet

und leitetet die Kosten an die Konsumenten weiter.

Wir müssen uns wehren gegen die linken Grossmäuler, die Europa grenzübergreifend diktieren. Das ist nicht einfach, denn sie haben fast alle Medien auf ihrer Seite. Unser durch geräteunabhängige Steuern finanziertes Radio und Fernsehen und die ebenfalls am Staatstropf hängenden Zeitungen erzählen dasselbe wie die Besserwisser von Grünen, SP und GLP. Wenn unseren Chrapfern und Leistungsträgern, wenn den Opfern der linken Bevormundung endlich ein Licht aufgeht, wird es wieder besser. Sie müssen sich allerdings bei den nächsten Abstimmungen und Wahlen an die Urnen bemühen. Die Faust im Sack zu machen und am Stammtisch zu schimpfen, genügt nicht mehr, um die immer mächtigere rot-grüne Flut abzuwehren.



von
Thomas Matter

OSTERN

Der Sieg des Königs

Ostern, ein Ereignis von enormer Tragweite. Für die Einen eine Zeitenwende, ein ultimativer Sieg, für Andere eine Dummheit. Eines ist sicher: Es ist ein Ereignis, welches die Menschen auch knapp 2000 Jahre später noch beschäftigt und reichlich Stoff für Diskussionen liefert.



Benjamin Stricker
Theologiestudent
Präsident SVP Dürnten

Ein Mann, an dem keine Schuld festgestellt wurde, wurde zum Tode durch das Kreuz verurteilt. Eine qualvolle Hinrichtung, die sich tagelang hinziehen konnte, bis der Gekreuzigte ersticken. Was macht diese Hinrichtung aus, so dass man dieser mit einem Feiertag gedenkt?

Jesus aus Sicht des Alten Testaments

Beginnen wir mit der Person, die verurteilt wurde. Jesus von Nazareth ist eine bekannte Persönlichkeit, welche im ersten Jahrhundert in Judäa im heutigen Israel gelebt hat. Vieles zu seinem Leben und Sterben findet sich im neuen Testament. Allerdings ergibt die Betrachtung des Alten Testaments mit Blick auf Jesus ein tieferes Verständnis für sein Leben und Sterben.

Auch wenn Jesus im Alten Testament nicht namentlich erwähnt wird, wird im Zusammenhang mit dem Neuen Testament klar, wer gemeint ist. Daniel Kapitel 7 beschreibt einen «Sohn des Menschen», welchem «Herrschaft, Ehre und Königtum» gegeben wurden und «seine Herrschaft ist eine ewige Herr-

«Nur das Zusammenspiel von Kreuzigung und Auferstehung ergibt ein Ereignis, welches noch 2000 Jahre später gefeiert wird.»

schaft.» Wenn immer im Neuen Testament vom Menschensohn gesprochen wird, hatten damals alle Beteiligten diese Vision aus dem Buch Daniel im Kopf. Jesaja beschreibt im Kapitel 53 einen leidenden Gottesknecht, welcher stirbt und dadurch sein Volk rettet. «Wie ein Lamm, das zur Schlachtbank geführt wird.» In den Büchern Sacharja, Hesekiel und in den Psalmen gibt es weitere Verse, die auf Jesus und sein



Das Grab war leer. Jesus ist auferstanden.

Bild Pixabay

Leben hinweisen. Um das Leben und Sterben verstehen zu können, genügt das alleinige Studium des Neuen Testaments nicht, zu eng sind beide Bibelteile miteinander verbunden.

Der ganz andere König

Im Judentum zur Zeit Jesu gab es eine Messias-Hoffnung. Die Hoffnung, dass ein Mensch kommt, der sie von der Knechtschaft der Römer befreit und ihre Feinde besiegt. Durch die vielen Bibelstellen aus dem Alten Testament starb diese Hoffnung nie und war in der Zeit Jesu besonders ausgeprägt.

Und dann kam Jesus, geboren in einem Stall, predigte, man solle seine Feinde lieben, und lehnte Gewalt komplett ab. Für viele Juden, die auf einen König, einen Befreier hofften, war er es sicher nicht. Und dann wurde er auch noch gefangen genommen und gekreuzigt, was für ein erbärmlicher Befreier. Nun: Diese Juden hatten eine irdische Vorstellung von einem König.

Jesus starb am Kreuz und hat gesiegt, kein Sieg, der die Unterdrückung durch die Römer beendet hätte, sondern ein Sieg gegen den Feind jedes Menschen, den Tod. Die Kreuzigung ist der ultimative Sieg über die Mächte, die Mensch und Welt versklavt hatten. Das Kreuz, das Zeichen der Schande und der Folter, wurde durch Jesus ein

Zeichen der Liebe und des Sieges. Der Tod verliert in Jesus seine Macht. «Tod wo ist dein Stachel? Totenreich, wo ist dein Sieg?» 1. Korinther 15,55.

Die Bedeutung der Auferstehung

Im ersten Korintherbrief 15, 14 & 17 steht: «Wenn aber Christus nicht auferstanden ist, so ist unsere Verkündigung vergeblich, und vergeblich auch euer Glaube! Ist aber Christus nicht auferweckt worden, so ist euer Glaube nichtig, so seid ihr noch in euren Sünden.» Ohne die Auferstehung am Ostersonntag hat auch der Karfreitag keine Bedeutung. Nur das Zusammenspiel von Kreuzigung und Auferstehung ergibt ein Ereignis, welches noch 2000 Jahre später gefeiert wird. Für Paulus war klar, so versteht Nicholas Thomas Wright ihn, dass die Kreuzigung und die Auferstehung das Ende eines Zeitalters waren und durch diese Ereignisse ein neues Zeitalter begonnen hat. Jetzt sollte die gute Nachricht des Sieges auf der ganzen Welt verkündet werden.

Die Juden waren das erwählte Volk Gottes. Diese Volksgemeinschaft steht durch Jesus nun allen Menschen auf der ganzen Welt offen. Das ist der Grund, weshalb Paulus die griechische und römische Welt bereiste und den Sieg seines Königs allen verkündete.

GESCHENKGUTSCHEINE UNTERSTÜTZEN LOKALE BETRIEBE

Erfolgreiche Kleinbank hilft dem Gewerbe

Auch in diesem Jahr müssen die Aktionäre der Leihkasse Stammheim wegen Corona auf die beliebte Generalversammlung verzichten. Sie werden aber mit einem Einkaufsgutschein entschädigt, der im lokalen Gewerbe eingelöst werden kann.

RoMü. Die Leihkasse Stammheim kann erneut auf ein sehr gutes Geschäftsjahr zurückblicken. Doch dies darf auch in diesem Jahr nicht mit der sehr beliebten Generalversammlung zusammen mit den Aktionären als jährlicher Höhepunkt gefeiert werden. Der Verwaltungsrat entschied sich aufgrund der aktuellen Covid-19-Situation erneut, die GV schriftlich durchzuführen. «Die Gesundheit unserer Aktionärinnen und Aktionäre hat oberste Priorität. Auch in den kommenden Monaten ist unter Berücksichtigung dieses Aspektes die Durchführung der Generalversammlung im gewohnten Rahmen kaum denkbar», sagt Bankleiter und CEO Michael Tanner.

Doch in diesem Jahr werden die rund 940 Aktionäre, welche die 16 000 Aktien zu einem Nominalwert von 100 Franken halten, mit einem Präsent für die entgangene und durchaus gesellige Generalversammlung entschädigt. Sie haben bereits mit der Zustellung der Unterlagen für die schriftliche Durchführung der GV einen Geschenkgutschein im Wert von 50 Franken vom Gewerbeverein Stammheim erhalten. «Das Geschenk hat bei den Aktionären guten Anklang gefunden. Für uns ist es wichtig, das Gewerbe in der aktuellen Lage zu unterstützen», sagt Tanner. Er spricht von einer durchwegs positiven Resonanz. Bewusst hat man den Gutschein übertragbar gemacht, welcher nun in den über 60 dem Gewerbeverein angeschlossenen Betrieben eingelöst werden kann. Konkret beteiligte sich die Bank im vergangenen Frühling auch am Covid-19-Überbrückungskreditprojekt von Bund und Kanton. Gesamthaft konnte es entsprechend 19 vom Bund und Kanton verbürgte Überbrückungskredite im Umfang von 1,4 Mio. Franken gewähren.

Ende Jahr beschäftigte die Bank 15 Mitarbeitende, welche 12,2 Vollzeitstellen teilen. Der Jahresdurchschnitt liegt bei 11,6 Vollzeitstellen.

Kundeneinlagen finanzieren Hypotheken

Die Leihkasse Stammheim konnte im vergangenen Geschäftsjahr die Bilanz-



Die Leihkasse Stammheim konnte im vergangenen Jahr wiederum auf der Höhe des Vorjahres ein sehr gutes Resultat erzielen. Bild zVg

summe erneut um 11,3 Prozent auf 484,7 Mio. Franken steigern. Zugleich stiegen die Kundeneinlagen um 9,5 Prozent auf 356,8 Mio. und die Kundenausleihungen um 4,4 Prozent auf 390,4 Mio. Franken an. Die Bank dient grundsätzlich als wertvolle treuhänderische Drehscheibe zwischen dem Sparrer und Kreditnehmer, indem sie 91,4 Prozent der Kundenausleihungen direkt aus eigenem ihr von den Kunden anvertrautem Geld abdecken konnte. Von den Kundenausleihungen sind 380,8 Mio. Franken (96 Prozent) hypothekarisch abgesichert. Erfreulich entwickelt sich auch das Eigenkapital, welches um 1,565 Mio. auf 41,616 Mio. Franken angestiegen ist. Darin stecken aber noch beachtliche stille Reserven. Allein der Börsenwert der 16 000 Aktien liegt bei 23,86 Mio. Franken.

Geld verdienen

Die Bank verdient ihr Geld grundsätzlich mit der Zinsmarge, die aus der Differenz der zu zahlenden Zinsen für Kundengelder und dem eingenommenen Zinsen aus den Ausleihen resultiert. Doch diese Marge schwindet als Folge der Tiefst-Zinsen immer mehr. Freuen dürfen sich am guten Abschluss einerseits die Aktionäre, indem eine Dividende von 23 Franken je Aktie gewährt wird.

Doch auch der Fiskus profitiert, indem Steuern von 616 000 Franken fällig werden. Konkret heisst dies, dass die Bank pro Vollzeitstelle bei einer Bruttowertschöpfung von 534 000 Franken beachtliche 53 100 Franken Steuern generiert.

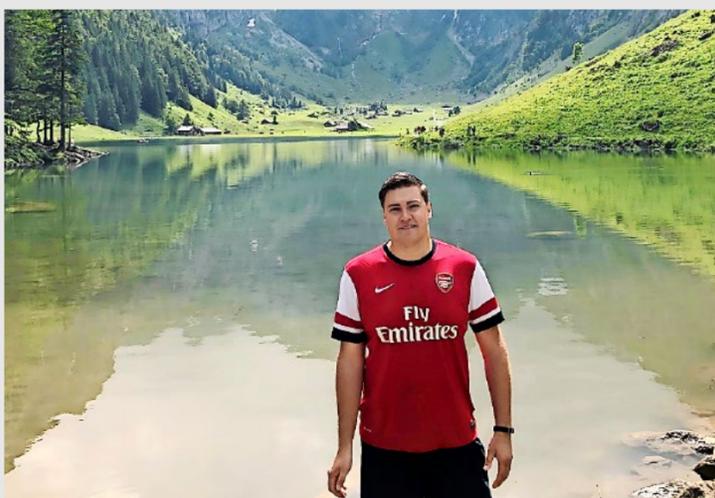
DIE ANDERE SEITE VON ...

Daniel Buchta

Politische Tätigkeit: Vorstandsmitglied SVP Kreispartei 7+8 (Zürich)
Ortspartei: Stadt Zürich

Geboren am: 25. Juli 1990
Sternzeichen: Löwe
Beruf: Finanzanalyst bei der ZKB
Hobby(s): Wandern, Skifahren, Fussball (passiv)
Grösse: 190 cm
Augenfarbe: Blau
Liebingsgetränk: Im Tagesablauf: kühler Eistee und Cola Zero, abends ein Bier
Liebingsessen: Lecker Gegrilltes, italienische Küche
Liebingslektüre: Natürlich Zürcher Bote :) NZZ, Fachlektüre über Gesundheit und Medizin

Was niemand von mir weiss: Meine Entscheidung, in die Schweiz auszuwandern, geschah spontan auf einer sommerlichen Geschäftsreise nach Zürich. Eine gemütliche Mittagspause am Bürkliplatz mit St. Galler Kalbsbratwurst und herrlichem Blick auf See und Berge war genug, um sich in die Schweiz zu verlieben.



Es wird langsam Frühling und hoffentlich wird Covid-19 bald wieder in den Hintergrund treten. Somit wieder in die Berge, unter Leute und auch mal wieder eine Reise.

Damit kann man mir eine Freude machen:

Eine freundliche und offene Art gegenüber den Mitmenschen, um sich gegenseitig den Alltag etwas angenehmer zu machen.

Mein Wunsch für die Zukunft: Endlich die Herausforderungen der Generationengerechtigkeit anpacken, um damit die AHV, die

2. Säule und die Krankenkassen langfristig zu sichern. Zudem eine politisch möglichst grosse Distanz zur EU/dem Euro bewahren und weiterhin nur eine wirtschaftliche Integration anstreben. Zudem Rationalität bei politischen Entscheidungen bewahren und gegen die ständigen links-grünen Moralisierungen und Ideologien ankämpfen.

EINKAUFEN BEI SVP-MITGLIEDERN

Genossenschaft Heimatwerk und Handweberei in Bauma



Inhaber: Genossenschaft Heimatwerk und Handweberei ZO
Verbindung zur SVP: Alt Regierungsrätin Rita Fuhrer ist seit 2012 Präsidentin der Genossenschaft und der Stiftung

Gründungsjahr: 1928

Anzahl Mitarbeiter: 8

Anzahl Lehrlinge: Derzeit eine Praktikantin

Angebot: In Bauma produzierte Textilprodukte für Küche und Wohnen, Trachten und Trachtenzubehör, individualisierte Geschenke und Kundengeschenke, die sich insbesondere eignen für Firmen mit Schweizer-Identität

Spezialität: Wir pflegen das Schweizer Brauchtum! Viele der traditionell verwendeten Stoffe sind handgewebt. Wir schätzen gutes Handwerk und orientieren uns an Bewährtem für unsere in Bauma entwickelten Produkte

Website: www.htwerk.ch

Anschrift: Heimatwerk und Handweberei Zürcher Oberland, Bahnhofstrasse 7, 8494 Bauma

Tel.: +41 52 386 11 60

Mail: info@htwerk.ch

CORONA TYRANNIS ZWISCHEN LOCKERUNG UND VERSCHÄRFUNG

Ein zweiter Frühling wie im Krieg

Zum zweiten Mal steht Ostern unter Beschuss: Wir haben die Entfremdung durch die Tyrannei des Corona-Virus satt. Im Vergleich zu zentralistischen Staaten leben wir in der Schweiz zwar trotz autoritärer Massnahmen relativ frei, doch wir fühlen uns zunehmend wie auf einem fremden Planeten. Das Versagen des BAG wird systemrelevant. Noch sind wir vor totalitären Übergriffen wie in China verschont – so lange wir uns nicht in Abhängigkeiten begeben.



Bernhard Im Oberdorf
Gemeinderat SVP
Zürich

Vor einem Jahr, als noch Unsicherheit herrschte und das Impfen noch hinter dem Horizont lag, da dachten wir alle, im Sommer werde es nach dem ersten Lockdown besser. Es war möglich, mit nötigen Papieren (dienstlich) ins Ausland zu kommen. Die Grenzen waren zwar verbarrikadiert. Das soll nie mehr passieren, war das Versprechen in der EU. Doch inzwischen scheinen die Grenzen im europäischen Raum des freien Personenverkehrs dichter denn je; ohne Barrikaden zwar, aber mit Quarantäne-drohungen und Bussen sind sie faktisch geschlossen: Das Wiedersehen mit Freunden ist kaum möglich. Dies auch deshalb, weil mit vagen und sich ändernden Regeln einiges an Verunsicherung geschaffen wird.

Inzwischen dauern die Schliessungen länger als am Anfang des Albtraumes vor einem Jahr, als es noch keinen Maskenzwang im ÖV gab; die Einschränkungen erscheinen uns strenger und endloser denn je. Selbst wenn Restaurants geöffnet wären, bliebe dies der kulinarische Nullpunkt: Zwar läuft der



Waren vor einem Jahr die Grenzen noch physisch abgeriegelt, so wird jetzt mit Drohungen und Verunsicherungen psychologisch abgeschreckt. Die scheinbare Offenheit kann perfider sein als Zäune und Gitter.

Bild zVg

Küchenchef nicht mit dem Wallholz herum, dafür aber mit der Quarantänekeule: erweist sich einer im Lokal als positiv getestet, werden die anderen Gäste im Hausarrest eingesperrt: das ist nicht appetitlich, sondern zum Würgen; solche Aussichten könnten auch bei Hotelaufenthalten in der Schweiz den Gästen schlaflose Nächte bereiten.

Vermassung von Perspektiven – Bund sei Dank

So sind wir in der Schweiz im Vergleich mit den drakonischen Ausgangssper-

ren im Ausland vergleichsweise frei. Doch wo bleibt die Perspektive für den Sommer? Lange hofften wir auf den Frühling, nun ist sogar der Sommer kompromittiert.

Bei den Impfungen hat nicht nur Brüssel versagt, sondern auch das BAG: Für zugelassene Stoffe fehlen die Bestellungen, für bestellte Vakzine die Zulassung; weiter hat man nicht nur geknausert, sondern Chancen wie jene von Lonza und Moderna wohl vermasselt. Die Verzögerungen bringen Tod und Kosten.

Wie viele dank dem Impfgate beim Testen mitmachen, steht in den Sternen geschrieben: auch Tests haben ihre Nebenwirkungen.

Nach dem Verbummeln der Impfkampagne und dem Desaster mit dem Impfpass versuchen die Spitzen des BAG mit salbungsvoller Stimme und Heiligenschein den Schaden klein- und die Strategien grosszureden. Dank den situativ unsinnigen Masken auf dem Podium bleibt vielleicht das maliziöse Lächeln jener erspart, die glauben, alles gut gemacht zu haben, auch wenn sie der Bevölkerung zumindest die Vorfreude, wenn nicht gar die Sommerferien ruinieren; Ferien in der Schweiz haben wir satt, vor allem dann, wenn einem gelegentlich, wie andernorts berichtet, auch Arroganz entgegenschlägt und internationale Hotelketten mit hohen Schweiz-Zuschlägen ihre Margen garnieren.

So setzte man im BAG schon vor einem Jahr darauf, vor Reisen ins Ausland mit Quarantäne-Drohungen abzuschrecken; wer so daherredete wirkte auf uns – damals noch ohne Maske – eher wie ein Kerkermeister als ein Gesundheitsapostel.

Riesenkrake – Gefahr aus der Tiefe

Angesichts vieler Tragödien, grosser Schäden, immenser Kosten und massiver Einschränkungen ist die Wut der Bevölkerung verständlich. Die Coronarebellen müssten vor den chinesischen Botschaften und Konsulaten demonstrieren, denn es ist klar – auch wenn

dies aus falscher Rücksicht auf chinesische Befindlichkeiten unter den Teppich gekehrt wird – dass die ganze Welt diese gewaltige Krise einer Clique von Machthabern in Peking verdankt, die aus Angst vor einem Machtverlust jene zum Schweigen gebracht haben, die vor dem warnten, was sich anbahnte. Verschwörungstheorien sind jene Behauptungen einer Staatspropaganda, wonach das Virus schon im Dezember in Europa unterwegs gewesen sei.

Auch wenn Spuren davon in Abwasserproben in Norditalien gefunden wurden, so waren dort Zehntausende von Chinesen niedergelassen – und seltsame Lungenerkrankungen hat man bei Sportwettbewerben im Reich der Mitte schon im Oktober festgestellt.

Angriff gilt vielerorts als die beste Verteidigung: So wird heute von Peking über Verletzungen von Menschenrechten hinaus nicht nur eine immer aggressivere Aussenpolitik betrieben, sondern man will auch einigen Ländern chinesischen Impfstoffe zur Verfügung stellen; wohl kaum aus Hilfsbereitschaft, sondern im eiskalten Kalkül, Abhängigkeiten zu schaffen.

Eine grosse Gefahr droht, wenn wir uns mit unserem Versagen in die Fänge von totalitären Regimes begeben, die Europa und den Westen mit berechnenden Eigeninteressen wirtschaftlich und technologisch langsam und unmerklich in Besitz nehmen: Greifen da die Fangarme einer Riesenkrake aus dem chinesischen Meer nach dem Westen?

BEITRAG SPEZIALKOMMISSION JUSTIZ, POLIZEI UND MILITÄR

Alimentierungsprobleme der Schweizer Armee – die Fakten sind alarmierend

Die personellen Herausforderungen unserer Armee sind komplex und vielschichtig. In den Medien werden hierzu in unregelmässigen Abständen einzelne Teilprobleme diskutiert. Klartext wird nicht gesprochen und die Missstände werden kleingeredet.



Michael Trachsel
Präsident
SVP-Spezialkommission
Justiz, Polizei und Militär
Feuerthalen

Das gesamte Ausmass der Katastrophe wird bei genauer Betrachtung allerdings schnell sichtbar. Wenn nicht umgehend gehandelt wird, ist die Alimentierung der Schweizer Armee nicht mehr gewährleistet. Um was geht es? Heute leisten nur noch 37% aller Stellungspflichtigen ihren Militärdienst vollständig. Von 100 Stellungspflichtigen eines Jahrgangs leisten ab deren 26. Lebensjahr nur noch 37 von ihnen Dienst.

Aussagen

Im Jahr 2018 und mit Beginn der Weiterentwicklung der Armee (WEA), wurde der flexible RS-Start eingeführt. Der Stellungspflichtige kann seither

selbst wählen, wann er zwischen dem 19. und 25. Lebensjahr seine Rekrutenschule absolvieren will. Was als zeitgemässe Flexibilität angedacht war, entpuppt sich heute als Administrationsmonster mit vielen unkontrollierbaren Risiken im Bereich der Funktionszuteilung an der Rekrutierung.

Die Abschaffung der Gewissensprüfung im Jahr 2009, betreffend Umteilung von der Armee in den Zivildienst, wird heute von verschiedenen Exponenten als schwerwiegende politische

«Heute leisten nur noch 37% aller Stellungspflichtigen ihren Militärdienst vollständig.»

Fehlentscheidung gewertet. Allein in den Jahren 2017 bis und mit 2020 wurden 24 332 Personen für den Zivildienst zugelassen.

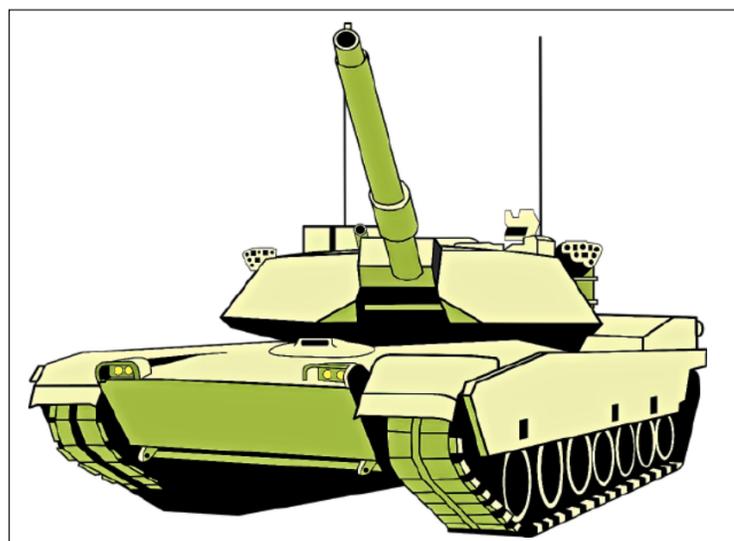
Rund alle 4 Jahre wechselt somit ein ganzer militärdienstpflichtiger Jahrgang von der Armee in den Zivildienst.

Erkenntnisse

In den Wiederholungskursen manifestieren sich die Auswirkungen der Alimentierungslücken bereits heute einschneidend. Zusammen mit den zusätzlichen Dienstverschiebungsgesuchen müssen diverse Formationen mit einem Totalbestand von gerade einmal rund 50 Prozent ihren Dienst leisten. Sind während solcher Dienstleistungen einzelne Spezialfunktionen nicht besetzt, kann das Bataillon oder die Kompanie ihren Auftrag nicht mehr erfüllen.

Kurzfristig sind keine Lösungen in Sicht, um die Fehlentwicklungen in den Griff zu bekommen. Die mittel- und langfristigen «Stabilisierungsmassnahmen» sind einer militärischen Entschlussfassung nicht würdig und haben den Charakter eines mutlosen Hüftschusses gepaart mit einigen Nebelpeltern auf dem offenen Feld. Die Problemerkennung wurde nicht gemacht und ganz dem Zeitgeist entsprechend werden die Lösungen im Bereich der Mainstreamthemen gesucht. Hierzu einige Stichworte und Beispiele der letzten Wochen:

- Neue Dienststelle für Frauen und wissenschaftliche Studie Vereinbarkeit Militärdienst, Ausbildung, Beruf und Familie
- Der Militärdienst soll familienfreundlich gestaltet werden
- Einrichten von Kinderkrippen und Kindertagesstätten
- Teilzeitarbeit für Berufsmilitär
- Fachstelle Diversity Schweizer Armee
- Homeoffice-RS
- Armee erhöht Energieeffizienz
- Inklusion



Fehlentscheide der Vergangenheit führen heute zu akuten Alimentierungsproblemen in der Schweizer Armee.

Bild Pixabay

Konsequenzen

Um die Zukunft der Schweizer Milizararmee zu sichern, müssen die Fehlentscheide der vergangenen Jahre umgehend korrigiert werden.

Betreffend das zukünftige schweizerische Dienstleistungsmodell müssen verschiedene Varianten entwickelt werden. In jeder Variante muss die Erfüllung des Auftrages der Armee (Milizararmee) gewährleistet – sowie der perso-

nelle Bedarf jederzeit garantiert sein. Die Erhöhung des Frauenanteils in der Armee ist zwingend, nicht um Alimentierungslücken zu schliessen, sondern um das Gesamtsystem zu stärken.

Dem Parteiprogramm entsprechend soll die SVP umgehend Verantwortung übernehmen und für eine nachhaltige Problemlösung die Initiative ergreifen. Es geht um die Sicherheit und um die Zukunft der Schweiz!

Allerlei



Die Auferstehung des Fleisches

Die Fleischbranche meldet Rekordzahlen. Der Fleischabsatz stieg im Detailhandel um fast 12 Prozent.

2020 wurden schweizweit rund 5600 Tonnen mehr Fleisch konsumiert als im Jahr davor, wie der Vermarktungsverband Proviande kürzlich bekannt gab. Einen Boom erlebten vor allem Geflügel und Schweinefleisch. Weniger gefragt war Kalbfleisch. Dies hat vor allem mit



Bild Pixabay

der Corona-Krise zu tun. Die Restaurants hatten geschlossen. Über fünf Milliarden Franken gaben die Schweizer letztes Jahr für Wurst- und Fleischwaren aus. Das entspricht einem Plus von 13,7 Prozent gegenüber 2019. Diese beeindruckenden Zahlen zeigen deutlich. Der Veganismus kann warten. Fleisch kochten und assen in diesem ausserordentlichen Corona-Jahr Herr und Frau Schweizer vermehrt in den eigenen vier Wänden. So nach dem Motto: Bleiben Sie zu Hause und essen Fleisch! Das Konsumverhalten von Schweizerin und Schweizer erteilt auch jenen meist linken Kritikern eine deutliche Absage. Die versuchen auf irgendwelche Art, einen Zusammenhang von Fleischverzehr und der Corona-Epidemie herbeizureden. Die schwierigeren Lebensumstände während der Pandemie haben auch viele Metzgereien auf neue Ideen gebracht. So wurde manchenorts der Hauslieferdienst massiv ausgebaut. Damit konnten auch neue Kunden gewonnen werden. Dies zeigt, dass man trotz geschlossener Beizen nicht auf den Fleischverzehr verzichten mag. So ganz nach dem Motto: Fleischeslust statt Lockdown-Frust! Selbstverständlich soll jeder essen, was er will. Der erhobene Zeigefinger ist nirgends angebracht. Aber das ewige Moralisieren, zum Beispiel, dass uns der Fleischkonsum erst zu Corona gebracht hat, haben viele Menschen satt. Sie wollen selbst bestimmen, wie sie ihr Leben gestalten. Ob mit oder ohne Fleisch – alles zu seiner Zeit!

Fadegrad



von
Samuel Balsiger

Zürcher Schulhausbau zu Babel

Die biblische Geschichte über den Turmbau zu Babel erzählt vom Grössenwahn und wie ein enthemmter Multikulturalismus scheitern muss: Eine Stadt will in völliger Selbstüberschätzung einen Turm in den Himmel bauen. Gott straft die grössenwahnsinnigen Menschen mit vielen unterschiedlichen Sprachen ab. Im nun vorhandenen Multikulti-Wirrwarr scheitert das Bauvorhaben kläglich. Dieses Gleichnis passt beängstigend gut zur Schweiz im Zeitalter der offenen Grenzen. Über eine Million Ausländer zwängten sich innerhalb kurzer Zeit zusätzlich in unser kleines Land. Zwar kennt jeder Schweizer und alteingesessene Ausländer die brutalen Folgen der Masseneinwanderung wie steigende Mieten, verstopfte Strassen, zerstörte Natur oder explodierende Staatsausgaben. Doch die volkswirtschaftlichen Schäden dieses Multikulti-Grössenwahns bleiben oft zu abstrakt. Und hier schafft die rotgrüne Zürcher Stadtverwaltung ein greifbares Negativbeispiel, das für den Zustand der ganzen Schweiz herhalten kann.

Noch vor wenigen Jahren ging die Stadtverwaltung von 500 Millionen Steuerfranken aus, die für neue Schulhäuser aufgrund der Masseneinwanderung benötigt würden. Bereits diese Kosten waren untragbar. Doch heute sind es schon sage und schreibe 1,8 Milliarden Franken, die in den nächsten Jahren dafür anfallen sollen!

Die Stadt Zürich baut für astronomisch hohe Kosten Schulhäuser für Ausländer aus aller Welt. Auf den Schulhöfen sind Schweizer bald überall in der Minderheit, der enthemmte Multikulturalismus übernimmt die Macht. Die Schweizer Kultur und Identität lösen sich auf. Wie das Bauvorhaben in der biblischen Geschichte über den Turmbau zu Babel droht auch die Schweiz an ihrer Unvernunft zu scheitern.

Wir müssen deshalb die Jahrhundertssünde Personenfreizügigkeit endlich beenden. Grossbritannien macht es vor, wie mit der EU erfolgreich verhandelt werden kann, wenn der Wille zur nationalen Stärke vorhanden ist. Doch dieser fehlt dem mehrheitlich linken Bundesrat gänzlich. Bei den kommenden Nationalratswahlen braucht es eine massive Korrektur nach rechts! PS: Auch gegen das missratene CO₂-Gesetz, welches am 13. Juni zur Abstimmung kommt, müssen wir vereint kämpfen. Kommt dieser teure, nutzlose und ungerechte Milliarden-Unsinn durch, kostet es eine Mittelstandsfamilie bis zu 1000 Franken pro Jahr. Und dem Klima hilft es überhaupt nicht. Deshalb NEIN zum missratenen CO₂-Gesetz!

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Wärmeinseln und Tropennächte

Am vergangenen Mittwoch wurde im Gemeinderat die Weisung 2020/78 «Fachplanung Hitzeminderung» mit der dazugehörigen Umsetzungsagenda beraten. Die Klimaanalyse aus dem Jahre 2011 zeigte, dass dichtbebaute Stadtgebiete in Zürich während der Sommermonate bis zu 10 Grad wärmer sind als das Umland und das, obwohl die Temperatur durch die Klimaerwärmung seit 1864 in der Schweiz nur um rund 2 Grad gestiegen ist.



Walter Anken
Gemeinderat SVP
Zürich

Mit anderen Worten – und das ist wichtig – ist die Klimaerwärmung nur marginal an der Überwärme beteiligt. Städte erwärmen sich tagsüber überdurchschnittlich und kühlen nachts unterdurchschnittlich ab. Das führt in den Sommermonaten zu Wärmeinseln und Tropennächten, die wir oft schlaflos verbringen. Ziel der «Fachplanung Hitzeminderung» ist es, dem Wärmeinsel-effekt entgegenzuwirken, die Lebensqualität zu stabilisieren und damit die Gesundheit der Menschen zu erhalten. Mit einer umfassenden Toolbox mit acht auf das ganze Stadtgebiet anwendbaren Handlungsfeldern wie Kaltluft, Grünräume, Wasserflächen, Strassen usw. und 13 lokalen Handlungsansätzen wie Baukörperbegrünung, Gebäudestellung, Grünflächen, Verkehrsflächen, Regenwasser usw. soll der Wärmeentwicklung in der Stadt Einhalt geboten werden.

Finanziell im Blindflug

Adressaten der Toolbox sind Planende, die Verwaltung und Bauträgerschaften. Selbstverständlich wollten wir von der SVP wissen, was denn die Realisierung all dieser Massnahmen kosten wird. Da haben wir allerdings auf Granit gebissen, denn uns wurde in der Kommission gesagt, dass sich die Kosten aktuell



Die Leistungen für Sans-Papiers sind schon heute völlig ausreichend und vergleichbar. Es gibt keinen Grund, ein weiteres Millionenprojekt auf Staatskosten zu lancieren.

Bild Pexels

nicht beziffern lassen. Eine Präsentation mit Zahlen zu den Kosten und den Wirkungen einiger Massnahmen auf die Temperatur steht weiterhin unter Geheimhaltung. Das lässt tief blicken. Wir wissen nun, dass nicht die Klimaerwärmung hauptverantwortlich für die zunehmende Wärme in der Stadt ist, sondern die massive Bautätigkeit, welche durch die Massenzuwanderung ausgelöst wird.

Mehr Menschen brauchen mehr Wohnungen, Strassen, Verkehrsmittel, Infrastruktur, Arbeits- und Sportplätze sowie Erholungsflächen. Dichtestress macht die Menschen zunehmend krank. Die SVP stimmt keiner Weisung zu,

wenn uns die finanziellen Auswirkungen vorenthalten werden.

«Rolls Royce» für Sans-Papiers?

Ebenfalls wurde im Rat die Weisung 2020/478 Pilotprojekt zur medizinischen Versorgung von Menschen, die keinen Zugang zum Gesundheitswesen haben, behandelt. Begründet wird das verlangte Pilotprojekt mit fehlenden Daten, welche die Planung erschweren, und zudem seien die bestehenden Angebote im Gesundheitsbereich für diese Menschen zu wenig officialisiert.

In einem dreijährigen Pilotprojekt mit Kosten von 4,56 Millionen Franken soll ein strukturiertes Controlling ein-

geführt werden und das bestehende Behandlungsnetzwerk in der Öffentlichkeit bekannter gemacht werden. Allein der Titel in der Weisung ist bewusst irreführend, wenn man die Zielgruppe der Personen anschaut. Der weitaus grösste Teil mit deutlich über 10 000 Personen, die vom neuen Angebot profitieren werden, sind Sans-Papiers. Menschen, die nicht selten über viele Jahre

«Eine Präsentation mit Zahlen zu den Kosten und den Wirkungen einiger Massnahmen auf die Temperatur steht weiterhin unter Geheimhaltung. Das lässt tief blicken.»

illegal in der Schweiz leben, keine Steuern bezahlen, «schwarz» arbeiten und damit keinen Rappen in die Sozialwerke einzahlen und im Krankheitsfall oder bei Unfall der Allgemeinheit auf der Tasche liegen. Mit gezielter Werbung will man die Leistungen im Gesundheitsbereich für Menschen, die unseren Rechtsstaat mit Füßen treten, noch bekannter machen, was sich künftig in viel höheren Kosten niederschlagen wird. Bereits heute werden Sans-Papiers bei Krankheit und Unfall in unseren Spitälern behandelt, dagegen hat auch die SVP nichts. Einmal mehr wird aber versucht, über eine Motion ein marginales Problem in der Verwaltung hochzuzucken und einen «Rolls Royce» für diese Personengruppe zu installieren. Da die Leistungen im Gesundheitsbereich für Sans-Papiers aber heute schon völlig ausreichend und vergleichbar sind, gibt es keinen Grund, ein Millionenprojekt zu lasten der Steuerzahler zu machen.

AUS DEM WINTERTHURER GEMEINDERAT

Totalrevision der Gemeindeordnung als Hauptthema

Die Ratssitzung begann mit der Gratulation des Präsidenten des Grossen Gemeinderates Daniel Oswald (SVP) an unseren geschätzten Fraktionspräsidenten Thomas Wolf (SVP), welcher Geburtstag hatte. Dann folgten zwei Fraktionserklärungen. Die GLP warb für die Wahlen im nächsten Jahr und wollte «ihren» Gästen schmackhaft machen, sich für ein politisches Amt zu bewerben.



Maria Wegelin
Gemeinderätin SVP
Winterthur

In der zweiten Fraktionserklärung verkündete André Zuraikat, Präsident der ehemaligen CVP, stolz, dass der Ratspräsident Daniel Oswald in Zukunft die drei CVP-Mitglieder als Mitglieder «Der Mitte» aufrufen könne.

Schulreform am Volk vorbei

Das grosse und die Sitzung erneut föhlende Thema war die Totalrevision der Gemeindeordnung und mit ihr im Besonderen die Frage der Organisation der Schulbehörden und die Wichtigkeit der Schulpflege(n). Sollen die bisherigen 47 (vom Volk gewählten) Schulpfleger durch neu lediglich sechs Personen ersetzt werden? Dafür sollen neu mehrere Leitungen Bildung eingesetzt werden,

also Staatsbeamte, wohnhaft in Konstanz oder Frauenfeld, welche dann die Aufsicht über unsere Schule haben sollen. Der Abbau der Demokratie in der Volksschule begann bekannterweise bereits in den 1990er-Jahren und die beinahe vollständige Abschaffung der Schulpflegen ist nun wohl das Ziel, das erreicht wird, wenn die neue Gemeindeordnung vom Volk angenommen wird. Die Eliminierung der Kreisschulpflegen wurde im Gemeinderat bereits an der letzten Sitzung beschlossen. Inskünftig wird es nur noch sechs Schulpflegerpersonen mit einem Pensum von 30% geben. Doch allein mit den Unterrichtsbesuchen, die laut kantonaler Gesetzgebung und Regierungsratsbeschluss auch weiterhin zwingend vorgesehen sind, wird ihr Pensum schon fast ausgefüllt sein. Die Aufgabe der Schulpflege wird also immer mehr zu einer Alibiübung und die Volksschule immer mehr zur Staatsschule.

Sehr störend war zudem bereits in der Sitzung im letzten Monat, dass Urs

Glättli (glp) die Schulpflegepräsidentinnen und -präsidenten sowie die Kreisschulpflegemitglieder bereits verdankte und verabschiedete, obwohl zuerst einmal die Winterthurer Stadtbevölkerung im September das letzte Wort zu dieser Revision haben wird. Dieses Votum seitens der glp lässt tief blicken.

Auch das Votum der SP-Gemeinderätin Bozzi-Brunel, dass man die neue Schulpflege einfach mal starten lassen und schauen soll, wie sie sich dann machen wird. Leider hat auch die SP nicht begriffen, dass das letzte Wort noch immer die Winterthurer Stadtbevölkerung haben wird und solche Experimente mit der Volksschule als wichtige Grundlage für die Zukunft unserer Kinder schlicht ungehörig sind.

Ausländervorstoss kritisch hinterfragt

SVP-Gemeinderat Markus Reinhard führte umfassend aus, wieso die SVP keinen Ausländervorstoss in die neue Gemeindeordnung aufnehmen will. An erster Stelle müsse immer die gelungene und selbstgewollte Integration stehen, die dann in der Erlangung des Schweizer Passes und den damit verbundenen Volksrechten gipfelt. Zudem sei es den bereits eingebürgerten Ausländern gegenüber unfair und schaffe einen falschen Anreiz, wenn nun solche Sonderrechte geschaffen werden. Wer in diesem Land und in dieser Stadt am politischen Leben teilhaben will, der soll sich einbürgern lassen und mit diesem Schritt alle Rechte und Pflichten einer Bürgerin/eines Bürgers übernehmen. Mit diesem separaten Vorstoss für bestimmte Bevölkerungsgruppen si-

gnalisieren die übrigen Parteien inklusive «Die Mitte» und die «FDP Winterthur» fälschlicherweise, dass es gar nicht nötig ist, sich in diesem Land vollständig zu integrieren, um partizipieren zu können. Dies untergräbt sämtliche Integrationsbemühungen und benachteiligt jene ausländischen Mitbewohnerinnen und Mitbewohner, welche gewillt sind, sich in unserem Land einzubringen und den Weg der Einbürgerung auf sich genommen haben.

In der Essenspause überraschte die Fraktion unseren Geburtstagsjubilare mit einer wunderbaren Rüeblitorte. Danach wurden wir vor unserem Tagungsort «Eulachhallen» Zeugen einer weiteren, wenn auch eher kleinen, Klima- und Velo-Demonstration. Eine Gruppe von Jugendlichen auf Fahrrädern und mit Transparenten ausgestattet, taten ihren Unmut kund, dass die Stadt Winterthur erst 2050 Netto Null CO₂ erreichen will und dass der stadträtliche Massnahmenkatalog viel zu wenig weit gehen würde. Man war durchaus versucht, den durchwegs jungen Kids zu erst einmal aus Klimaschutzgründen das Handy «abzunehmen» :).

Die Beratung der Totalrevision der Gemeindeordnung zog sich in der Folge in die Länge und es wurden unzählige Anträge zu Detailänderungen behandelt. Für die SVP-Fraktion war nach den massiven und gefährlichen Erhöhungen der stadträtlichen Finanzkompetenzen, der Zerstörung der bewährten Kreisschulpflegen und der Schulbehörden und der Einführung des Ausländervorstosses die rote Linie überschritten und die Fraktion lehnte in der Schlussabstimmung die Vorlage einstimmig ab. Die SVP-Fraktion beantragt nun stringenterweise der im Mai stattfindenden Generalversammlung der SVP der Stadt Winterthur die NEIN-Parole und ein entsprechendes Engagement in der Volksabstimmung.



Die Schulpflege in ihrer bisherigen Form hat sich grundsätzlich bewährt. Durch die Revision droht sie, nun zur Alibiübung zu verkommen.

SVP KANTON ZÜRICH MODERNISIERT

Der Zürcher Bote geht online

Wöchentlich seit über 60 Jahren erscheint der Zürcher Bote – die Parteizeitung der SVP des Kantons Zürich. Neu erhalten Sie die Zeitung zusätzlich in einer Online-Version.

Der Online-Bote kann über die Website www.onlinebote-svp-zuerich.ch angewählt werden. Für diejenigen, welche die Beiträge lieber auf dem Smartphone lesen, gibt es die Möglichkeit, eine sogenannte PWA Progressive Web-App aufs Handy zu laden. Es handelt sich dabei um eine webbasierte App.

Wie lade ich die PWA Progressive Web-App des Online-Boten auf mein Handy: Um die PWA Progressive Web-App zu nutzen, öffnen Sie zuerst die URL www.onlinebote-svp-zuerich.ch im Browser.

Login im Online-Boten
Abonnenten des Zürcher Boten können sämtliche Artikel in der vollen Länge lesen. Für Artikel, welche mit einem «Schlössli» versehen sind, benötigen Sie die Abo-Nummer.

Wo finde ich meine Abo-Nummer?
Auf der gedruckten Ausgabe der Zeitung finden Sie Ihre persönliche Abo-Nummer im Adressfeld.

Bei Doppeladressen ist die Zugehörigkeit wie folgt:

Abo-Nr. links: Name 1 gehört zur Nummer links
Abo-Nr. rechts: Name 2 gehört zur Nummer rechts

Folgen Sie nun den Anweisungen im Login-Bereich.

Abonnenten des Zürcher Bauern
Wenden Sie sich für den Erhalt der Abo-Nummer bitte per Mail an zb@svp-zuerich.ch oder telefonisch ans Sekretariat SVP Kanton Zürich, Telefon 044 217 77 66.



Die Redaktion des Zürcher Boten wünscht viel Lesevergnügen!

Bild SVP Kanton Zürich

Für iPhone:



Das Handy fragt Sie nun nach dem Akzeptieren der Cookies.

Wählen Sie das Symbol «Herunterladen» in der unteren Leiste Ihres Gerätes.

Scrollen Sie nun runter zur Funktion «Zum Home-Bildschirm» und klicken Sie diese an.

Mit diesem Schritt wird die Web-App auf Ihrem Handy geladen und Sie können fortan den Zürcher Boten über diese App lesen.

Weiter für Android



Das Handy fragt Sie nach dem Akzeptieren der Cookies.

Wählen Sie oben rechts auf Ihrem Gerät die drei kleinen Punkte und klicken Sie auf «App installieren».

Bestätigen Sie die Installation. Mit diesem Schritt wird die Web-App auf Ihrem Handy geladen und Sie können fortan den Zürcher Bote über diese App lesen.

LESERBRIEF

Sind Umweltverbände die grössten CO₂-Sünder?

Zement ist nach Wasser der meistverwendete Stoff der Welt. Er dient fast ausschliesslich zur Herstellung von Beton. Pro Tonne Beton (Abbau, Brennen, produzieren) werden ca. 0,8 t CO₂ freigesetzt. Die Zementindustrie ist in der Schweiz für 9% der CO₂-Emissionen verantwortlich.

Nun werden von den Umweltverbänden beim Strassenbau immer wieder teure Kunstbauten in Beton gefordert, die der Streckenführung nicht dienlich sind, dabei aber immense CO₂-Emissionen verursachen.

Nur für die Überdeckung Katzenssee wurden zum Beispiel 60 000 m³ Beton verbaut. Das entspricht 150 000 Tonnen Beton oder 120 000 Tonnen CO₂! Verantwortlich sind die Umweltverbände, die von den linken Parteien unterstützt werden bzw. sich selber in den Verbänden engagieren.

Die Strasse hätte die Überdeckung nicht benötigt und der Landgewinn ist gering. Für den Transport dieser Betonmenge kommen noch 6000 LKW-Fahrten dazu. In der heutigen Diskussion um CO₂, bei dem uns Bürgern bald das Atmen (auch wir produzieren CO₂) verboten wird, ist es unverantwortlich, wenn wegen der Umweltverbände so viel unnützer CO₂ für Kunstbauten zusätzlich in die Umwelt abgegeben wird.

Zum Vergleich: In der Schweiz werden pro Jahr ca. 40 Millionen Tonnen CO₂ freigesetzt, was 4,7 Tonnen pro Kopf entspricht.

Alleine für die Überdeckung Katzenssee wurde mehr CO₂ freigesetzt als die Einwohner der Stadt Zug pro Jahr abgeben.

Wir müssen wir wieder lernen Prioritäten zu setzen.

Auch bei der Oberlandautobahn haben wir dieses Thema. Auch dort müssen nun mehr Tunnel gebaut werden, weil die ursprünglich geplante Streckenführung nicht realisiert werden konnte. Die zusätzlichen CO₂-Emissionen werden ein Vielfaches derer der Katzenssee-Überdachung sein.

Roger Miauton, Illnau

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle Autos. Komme bei Ihnen vorbei.

Telefon 044 822 26 11

ABSTIMMUNG ÜBER DIE EXTREMEN AGRAR-INITIATIVEN VOM 13. JUNI 2021

Die hiesige Landwirtschaft tatkräftig unterstützen

Die produzierende Landwirtschaft, welche die Bevölkerung mit regionalen Nahrungsmitteln versorgt, ist für die SVP von grosser Wichtigkeit.

Diesen Juni stimmt unser Volk über die Pestizidfrei- und die Trinkwasser-Initiative ab. Es ist eine wegweisende Abstimmung, die für unsere Landwirtschaft extreme Veränderungen zur Folge hätte. Auch sind zahlreiche Arbeitsplätze in den vor- und nachgelagerten Branchen der Land- und Ernährungswirtschaft direkt betroffen.

Wer sich ebenfalls im Sinne unserer Landwirtschaft engagieren möchte, kann jetzt beim Zürcher Bauernverband entsprechendes Kommunikationsmaterial bestellen: Flyer oder Fahnen mit dem Sujet «Arbeitsplätze» oder Kleber fürs Auto.

Bitte bestellen Sie Ihre Materialien direkt unter Telefon 044 217 77 33 oder per E-Mail an bauernverband@zbv.ch. Der Zürcher Bauernverband bedankt sich für Ihre Unterstützung.



Kleber, die vor allem in Hofläden zum Einsatz kommen.



Flyer, um die Bevölkerung zu informieren.

SVP DIGITAL

Teleblocher
 Folge 708: Covid-Gesetz, Rahmenvertrag und Lager-Museum
 Alt Bundesrat Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch
 mit Matthias Ackeret.



Schweizerzeit
CO₂-Gesetz: Todesurteil für KMU Betriebe
 Ulrich Schlüer im Gespräch mit Christian Imark (Nationalrat
 SVP/SO), Vanessa Meury (Präsidentin JSVP/SO und
 Energie-Club Schweiz) und Oliver Martin (Kantonsrat SVP/TG,
 Unternehmer).



- SVP-STAMM**
- Bezirk Bülach/Embrach**
 Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab
 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Ober-
 embrach.
- Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf**
 Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00
 Uhr, Restaurant «La Torre», Dielsdorf.
- Bezirk Dietikon/Birmensdorf und
 Urdorf**
 Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00
 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Bir-
 mensdorf.
- Bezirk Horgen/Thalwil**
 Jeden ersten Montag im Monat (ohne Jan-
 uar und April), ab 19.00 Uhr, Restaurant
 Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.
- Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon**
 Jeden ersten Samstag im Monat, von 11 bis
 12 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8,
 Pfäffikon.
- Bezirk Uster/Uster**
 Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab
 17.30 Uhr, Bar Enoteca, Tannenaustrasse
 23, Uster.
- Junge SVP Kanton Zürich**
 Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich
 findest du auf unseren Social Media Chan-
 nels oder auf unserer Website www.jsvp-
 zh.ch.
- Stadt Winterthur/
 Oberwinterthur**
 Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30
 Uhr, Restaurant Stadtrain, Römerstrasse
 71, Winterthur.

- Stadt Winterthur/Wülflingen**
 Jeden Samstag, 11.00 bis 12.30 Uhr, Ta-
 verne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Win-
 terthur.
- Stadt Zürich/Kreis 4 und 5**
 Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab
 18.30 Uhr, Restaurant Kornhaus, Lang-
 strasse 243 (Limmatplatz), Zürich.
- Stadt Zürich/Kreis 6**
 Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr,
 Wild West Steakhouse Texas, Winterthu-
 rerstrasse 175, Zürich.
- Stadt Zürich/Kreis 12**
 Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30
 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwa-
 mendingerplatz 2, Zürich.

- SVP-VERANSTALTUNGEN**
- Bezirk Meilen/Zollikon**
 Montag, 17. Mai 2021, 18.00 Uhr, General-
 versammlung und Höck, Lokalität noch
 offen, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz.
- Montag, 12. Juli 2021, 19.00 Uhr, Höck, Lo-
 kalität noch offen, Zollikon, mit National-
 rat Gregor Rutz.
- Montag, 6. September 2021, 19.00 Uhr,
 Höck, Lokalität noch offen, Zollikon, mit
 Nationalrat Gregor Rutz.
- Montag, 8. November 2021, 19.00 Uhr,
 Höck, Lokalität noch offen, Zollikon, mit
 Nationalrat Gregor Rutz.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer

ISSN 1660-6701
 ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich
 Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lager-
 strasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@
 zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33,
 Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/
 Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnements-
 dienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14,
 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax
 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Robin Ingold, Lagerstrasse 14,
 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch,
 12.00 Uhr. **Layout:** cube media AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG
 (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

Der Zürcher Bote

Offizielles Organ der Schweizerischen
 Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich
 für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglie-
 der Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14,
 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Martin
 Suter, Telefon 044 217 77 66. **Insertionspreise:**
 www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonne-
 mentsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lager-
 strasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66,
 sekretariat@svp-zuerich.ch.

- Stadt Winterthur**
 Mittwoch, 19. Mai 2021, 19.00 Uhr, Gene-
 ralversammlung, Restaurant Hirschen, Lin-
 denplatz 2, Winterthur.
- Sonntag, 6. Juni 2021, 09.30 Uhr, Grill-
 plausch, mit exklusiver Besichtigung der
 Kehrlichtverwertungsanlage Winterthur. In-
 formationen/Anmeldung: Markus Reinhard,
 079 675 19 76, markus.reinhard@svp-win-
 terthur.ch.
- Samstag, 10. Juli 2021, 17.00 Uhr, Jubilä-
 umsfest 100 Jahre SVP Winterthur & Wahl-
 kampfauftakt, Frohsinnareal beim Beck
 Lyner, Winterthur-Wülflingen.
- Mittwoch, 1. September 2021, 20.00 Uhr,
 Parteiversammlung, Lokalität noch offen,
 Winterthur.
- Mittwoch, 3. November 2021, 20.00 Uhr,
 Parteiversammlung, Lokalität noch offen,
 Winterthur.
- Sonntag, 7. November 2021, 10.00 Uhr,
 Spaghetti-Plausch, Lokalität noch offen,
 Winterthur.
- Stadt Winterthur/Wülflingen**
 Freitag, 10. Dezember 2021, 18.00 Uhr,
 Chlausabend, Lokalität noch offen, Win-
 terthur-Wülflingen.
- Stadt Zürich/Kreis 11**
 Freitag, 30. April 2021, 18.00 Uhr, SVP-Po-
 lit-Apéro mit Nationalrätin Therese Schläp-
 fer, Hotel/Restaurant Landhus, Katzen-
 bachstrasse 10, Zürich. Thema: Kosten und
 Integration der Flüchtlinge.
- Samstag, 15. Mai 2021, 09.00 Uhr, Stand-
 aktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.
- Samstag, 22. Mai 2021, 09.00 Uhr, Stand-
 aktion, Zehntenhausplatz, Zürich-Affoltern.
- Samstag, 29. Mai 2021, 09.00 Uhr, Stand-
 aktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.
- Samstag, 5. Juni 2021, 09.00 Uhr, Standak-
 tion, bei der Kirche Maria Lourdes, Zürich-
 Seebach.
- Freitag, 25. Juni 2021, 18.00 Uhr, SVP-Polit-
 Apéro mit Nationalrat Andreas Glarner,
 Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbach-
 strasse 10, Zürich. Thema: Migrationspoli-
 tik zwischen Gutmenschen und Hardlinern.
- Samstag, 21. August 2021, 09.00 Uhr, Stand-
 aktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.
- Samstag, 4. September 2021, 09.00 Uhr,
 Standaktion, Zehntenhausplatz, Zürich-
 Affoltern.
- Samstag, 11. September 2021, 09.00 Uhr,
 Standaktion, bei der Kirche Maria Lourdes,
 Zürich-Seebach.
- Samstag, 30. Oktober 2021, 09.00 Uhr,
 Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.
- Samstag, 6. November 2021, 09.00 Uhr,
 Standaktion, Zehntenhausplatz, Zürich-
 Affoltern.
- Samstag, 13. November 2021, 09.00 Uhr,
 Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.
- Samstag, 20. November 2021, 09.00 Uhr,
 Standaktion, bei der Kirche Maria Lourdes,
 Zürich-Seebach.
- Freitag, 26. November 2021, 18.00 Uhr, SVP-
 Polit-Apéro mit Kantonsrat und Fraktions-
 präsident Martin Hübscher, Hotel/Restau-
 rant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich.
 Thema: Die Auswirkungen im Kanton Zü-
 rich, wenn Rot-Grün dominiert.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

TO-DO-LISTE

SVP in Aktion ...

 **Kantonale Delegiertenversammlung – ACHTUNG neue Daten!**
 Infolge zahlreicher Traktanden zum Abstimmungssonntag im Juni
 findet die kantonale Delegiertenversammlung an zwei Daten statt:
 Reservieren Sie sich den 13. April und den 5. Mai 2021 (ausserordentlich).
 Die Abstimmungsthemen werden an diesen Delegiertenversammlungen
 von fachkundigen Referenten ausführlich erklärt. Die Versammlungen
 finden über Zoom statt. Den Anmelde-Link erhalten Sie mit der schriftlichen
 Einladung.



«Von Wildschweinen im Bundeshaus und im Gehege Elgg»



Wir laden Sie freundlich ein zu unserer Mitgliederversammlung.
 Der Anlass ist öffentlich. Alle sind herzlich willkommen!

Donnerstag, 8. April 2021, 20.00 Uhr mit

Therese Schläpfer Nationalrätin SVP ZH

Peter Weber Wildschweingehege, Elgg

Ort: Online über Zoom

Programm: 20.00 Uhr Begrüssung Monika Brühwiler, Präsidentin Sektion Elgg
 20.05 Uhr Referat Therese Schläpfer mit Diskussion
 20.45 Uhr Referat Peter Weber, Wildschweingehege Elgg,
 mit Diskussion
 21.30 Uhr ca. Ende der Veranstaltung



Anmeldung per Mail an: info@svp-elgg.ch
 Der Link wird danach per Mail versandt



Die Redaktion des Zürcher Boten wünscht allen Leserinnen und Lesern frohe und erholsame Ostern.

Bild Pixabay